

Wir laden ein zu Vortrag und Diskussion:

Die Krise der „Realwirtschaft“ - bringt die Kritik der kapitalistischen Produktionsweise zur Anschauung

Zu Beginn der Finanzkrise versicherten Politiker und Wirtschaftsführer unisono, dass von dem Crash der Finanzwerte für die „Realwirtschaft“ nichts zu befürchten sei; die sei kerngesund und robust. Seit Herbst letzten Jahres ist sie da: die Krise des Teils der Wirtschaft, in der es um die Produktion und den Handel von Gütern und Dienstleistungen geht. Und dieselben Politiker und Wirtschaftsführer verkünden jetzt, dass es sich dabei um die „größte Krise seit der Großen Depression der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts“ handelt, viel schlimmer als die diversen periodischen „Rezessionen“ der nachkriegsdeutschen Wirtschaft.

Es ist also wieder einmal so weit. Die Wirtschaft wächst nicht mehr, sie schrumpft. Na und? Muss denn von allem immerzu immer mehr hergestellt und verkauft werden? Die Frage erscheint bei uns naiv und findet ihre Antwort in den Wirtschaftsnachrichten: Alle deutschen Großbanken, Versicherungskonzerne, Chipproduzenten und Kommunikationsunternehmen, Autokonzerne, Maschinen- und Anlagenbauer und und und ... entlassen zwischen 1000 und 10000 Leute je Firma. Diese Arbeitnehmer dürfen ihr Monat für Monat und Jahr für Jahr zur Bestreitung ihrer Lebensnotwendigkeiten erforderliches Einkommen nur erarbeiten, wenn sie mit ihrer Tätigkeit ein stets wachsendes Geschäft in Bewegung setzen und ein wachsendes Eigentum in den Händen seiner Besitzer schaffen. Ihr Einkommen, das wird daran deutlich, verdienen sich die Leute dadurch, dass sie ihre Arbeitgeber immer reicher machen, während sie selbst dabei gleich arm, auf Arbeit und Lohn angewiesen bleiben. Sie werden für Dienste an der Akkumulation des Kapitals bezahlt – wenn sie das nicht leisten, können sie ihr Einkommen vergessen. Deshalb ist es in dieser Wirtschaftsweise schon eine Katastrophe, wenn alles eine Weile einfach nur weitergeht wie vorher: Dass genauso viel Arbeit verrichtet, dasselbe Quantum Nahrungsmittel, Wohnungen, Autos, PCs produziert und konsumiert wird wie in der Periode davor, - die Menschen also nicht ärmer und nicht reicher würden, das geht in einer Wirtschaft nicht, in der nicht für den Bedarf produziert wird, sondern für die Bereicherung derer, die Kapital besitzen. Wenn „es“ nur weitergeht wie vorher, geht nichts mehr – und erst recht geht nichts mehr, wenn „die Wirtschaft“ schrumpft.

Wenn schon alle an der Wirtschaft Beteiligten entweder am Wachstum interessiert oder von ihm abhängig sind wie vom täglichen Brot, wenn alle Wachstum wollen und sich anstrengen, es zu erzielen, warum bleibt es dann aus? Was ist das für ein Wirtschaftssystem, in dem die Akteure das Gegenteil von dem erreichen, was sie zu erreichen suchen? Die Unternehmer, die das Wachstum organisieren, machen im Sinn ihres Geschäfts nämlich alles richtig: Sie holen aus ihren Beschäftigten immer mehr Leistung heraus, lassen sie immer mehr Waren herstellen und werfen sie auf den Markt. Auf einmal können sie ihr Warenprodukt dann nicht mehr oder nicht mehr zu profitablen Preisen verkaufen. Die Kaufkraft in der Gesellschaft reicht nicht, um alle Waren zu Geld zu machen. Die Unternehmer selber sind es, die sich diese Schranke der Verkaufbarkeit produzieren, weil sie für ihren Gewinn produzieren lassen. Bei der Produktion des Warenberges, den sie verkaufen wollen, legen sie sich keinerlei Schranken auf und produzieren, als könnte die Gesellschaft grenzenlos kaufen. Wo sie aber selbst Kaufkraft in den Händen ihrer Lieferanten und Angestellten stiften, da sind sie sehr knauserig. Weil die Produktion für den Profit stattfindet, d.h. zum Zweck der Maximierung der Differenz von Kosten und Erlösen, trennt sich die Produktion des zu verkaufenden Reichtums an Waren von der Herstellung der Kaufkraft, die es braucht, um ihn zu Geld zu machen. Die Krise entsteht, weil zu viel Kapital geschaffen und investiert worden ist, weil zu große Produktivkräfte entwickelt und zu viel Waren hergestellt worden sind, um noch für ihren Zweck zu taugen – gewinnbringend verkauft zu werden.

So erlebt man die Absurdität, dass in dieser Gesellschaft Not und Armut nicht wegen eines Mangels an Produktion, etwa nach Missernten oder nach Kriegen, sondern wegen eines Zuviel an materiellem Reichtum ausbrechen. Es fehlt an nichts! Fabrikanlagen bleiben ungenutzt, Rohstoffe werden nicht verarbeitet, Menschen, die darauf angewiesen sind, für Lohn zu arbeiten, um leben zu können, liegen auf der Straße. Alle Elemente des materiellen Reichtums bleiben ungenutzt und werden entwertet, weil und solange sie nicht für den einzigen Zweck taugen, für den sie in dieser Wirtschaft da sind: für den Profit. In dieser Phase des industriellen Zyklus zeigt sich der Profit geradewegs als Hindernis einer Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse.

Wenn die Gesellschaft lange genug mit der Lähmung ihrer Reproduktion erpresst ist, wenn die Preise für Maschinerie und Rohstoffe gesunken sind und sich die Arbeitslosen immer billiger anbieten, dann kommt der Punkt, an dem sich das Investieren von Kapital wieder lohnt – und der ganze Zirkus beginnt von neuem.

Jedenfalls solange sich die abhängig Beschäftigten sich mit ihrer Abhängigkeit vom Kapital erpressen lassen. Aufklärung kann da nicht schaden über:

- den „Übergriff“ der Finanzkrise auf die „Realökonomie“: Warum der Bankencrash die Krise der Industrie einläutet und deren Wachstum zum Erliegen bringt

- die Rolle des Finanzkapitals: Sein Dienst für das produktive Kapital, seine Macht über es, und seine Rolle als Exekutor der Krise des produktiven Kapitals

- die Krise: Was sie ist und woher sie kommt - wie also die Unternehmen der „Realwirtschaft“ mit dem Kredit ihr Wachstum, periodisch ein „Zuviel“ an Wachstum und damit das Nebeneinander von stillgelegten Produktionsanlagen und überflüssiger Arbeiterbevölkerung produzieren

- die Abwicklung der Krise: Vernichtung des kapitalistischen Reichtums in allen seinen Formen - bis derselbe absurde Kreislauf von Akkumulation und Überakkumulation wieder aufs Neue in Gang kommt

Gastreferent: Prof. Dr. Egbert Dozekal

Mittwoch, 17.6. 2009

**Im KOZ, Studierendenhaus an der Uni Frankfurt,
Campus Bockenheim**

Veranstaltungshinweis:

Der GegenStandpunkt-Verlag

veranstaltet regelmäßig einen öffentlichen
„Jour Fixe“
in Frankfurt und Darmstadt. Dort bietet sich die
Gelegenheit, mit den Redakteuren über aktuelle
Themen des Weltgeschehens zu debattieren.

Frankfurt:

**Ort DGB-Gewerkschaftshaus,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69
(Nähe Hbf), Zugang über den Hof
Zeit: Jeweils Montag, 19:30 Uhr
22.6. / 6.7.**

Darmstadt:

**Ort: Linkstreif „Georg Fröba“, Landgraf-Philipps-
Anlage 32 (links gegenüber dem DGB-Haus)
Zeit: Jeweils Montags, 19:00 Uhr
6.7. / 10.8. / 24.8.**

Vorschläge des Europäischen Parlaments
zum 5. Weltwasserforum:

Wie man erfolgreich Wasser in Geld verwandelt

Die UNO mit ihren Untergliederungen kümmert sich um Hunger, Völkermord und Seuchen. Auch darum, „dass fehlende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung jährlich 8 Millionen Todesopfer fordern und dass mehr als 1 Milliarde Menschen keinen problemlosen Zugang zu Trinkwasser zu akzeptablen Preisen haben und dass fast 2,5 Milliarden Menschen über keinerlei Abwasserentsorgung verfügen.“ (Entschließung Europäisches Parlament, 12.3.09, daraus auch alle folgenden Zitate.) Und wie das ihr Job ist, bewältigt sie dieses globale Problem durch periodisches Abhalten eines Weltwasserforums, auf dem sich transnationale Wasserkonzerne, Staudambauer, Lobbyvereinigungen und andere Verantwortungsträger für dieses „gemeinsame Gut der Menschheit“ treffen. Für das diesjährige Treffen bietet das EU-Parlament mit seiner Entschließung einen umfassenden Lösungsansatz.

Darin wird Schluss gemacht mit der ineffektiven Entwicklungshilfe, die immer nur versickert, mit dank Fördermittel gebohrten Brunnen z. B., die bloß Wasser pumpen. Stattdessen drängt das Parlament darauf, „Finanzmittel von allen möglichen Arten von Investoren zu mobilisieren und die Finanzierung des Wassers durch Einbindung privatwirtschaftlichen Kapitals zu stärken“, um darüber den „Zugang zu Wasser und zu sanitären Einrichtungen für alle zu verbessern“. Realistisch wird gleich im Ausgangspunkt in Rechnung gestellt, dass es auf der einen Seite „ärmste Bevölkerungsgruppen“ gibt, die von allen Mitteln ausgeschlossen sind, und sich ihre Existenzbedürfnisse nicht erfüllen können, noch nicht mal das „Grundbedürfnis an Wasser“; auf der anderen Seite gibt es welche, die mit ihren Finanzmitteln den Stoff besitzen, mit dem man in der Marktwirtschaft alles, also auch Wasser verfügbar macht. Da liegt die Lösung auf der Hand, die beide Seiten sinnvoll kombiniert: Die einen machen ihr Geschäft mit dem Wasser, und die anderen haben ihr Wasser.

Bei der guten Idee bleibt bloß noch eine Kleinigkeit offen: Die Geldfrage, also das alles entscheidende Recht der Financiers auf eine lohnende Investition, denn wo der Ertrag nicht garantiert ist, herrscht trübe „Zurückhaltung von Investoren auf dem Wassermarkt“. Was das Wasser also unbedingt braucht, um trinkbar zu werden, ist ein „Garantiemechanismus, um der Zurückhaltung entgegenzuwirken“, und der findet sich darüber ein, dass „ein Preisniveau festgelegt wird“. Wenn sich das Geschäft nicht lohnt, wird es lohnend gemacht. Das hat den kleinen Nachteil, dass vor dem „garantierten Zugang zu Wasser“ für die Armen der grundsätzliche Ausschluss vom Wasser steht: Es gibt keins für sie, es sei denn, sie bezahlen den festgelegten Preis des „Wirtschaftsgutes“. Der große Vorteil aber ist, dass sie nicht mehr von der launischen Natur mit ihrer „äußerst ungleichen Wasserverteilung“ abhängig sind und mit Geld so viel Wasser haben können, wie sie Lust haben. Fehlt freilich das Geld, bringt es die Natur des
(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

des Preises mit sich, dass sie weniger Wasser haben: „Die Liberalisierung und Deregulierung der Wasserverteilung in den Entwicklungsländern und insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern können zu Preissteigerungen führen, von denen die Ärmsten betroffen sind und die ihren Zugang zum Wasser verringern.“ Kaum hilft man in der Marktwirtschaft den „ärmsten Bevölkerungsgruppen“, stellt sich heraus, dass die zu arm sind, sich ihre Hilfe leisten zu können.

Aber auch dieses kleine Hindernis ihres grundsoliden Wassergeschäftsplans lässt sich beheben: Es müssen „gezielt Beihilfen eingesetzt werden, insbesondere für arme und ländliche Bevölkerungsgruppen“. Wenn die einen das Wasser nur gegen Geld hergeben, die anderen aber kein Geld haben, dann passt es wieder, wenn man Letztere subventioniert. Zwar haben „die Ärmsten“ in den „am wenigsten entwickelten Ländern“ noch immer kein Geld, sich das Wasser leisten zu können, aber einen Zuschuss, der ihnen in Aussicht gestellt wird. Seinerseits darf der „Privatsektor mit seiner Kapitalkraft, seinem Know-how und der Technologie“, der, man erinnert sich, der Wasserversorgung auf die Sprünge helfen sollte, jetzt umgekehrt damit rechnen, dass ihm geholfen wird - mit einem subventionierten Wasserpreis.

Die benötigten Mittel für die Zuschüsse finden Europas

Im Handel erhältlich:

GegenStandpunkt 1-09

Themen u.a.

Die Leistungen der demokratischen Wahlen - vorgeführt an Barack Obama

*

Russland streicht der Ukraine den Vorzugspreis für Gas - ein klarer Fall von politischem Verstoß

*

Die deutsche Linke sieht sich bestätigt: Der Turbo-Kapitalismus ist gescheitert! Machen wir's besser! 112 Seiten, 15 Euro, ISSN 0941 - 5831

Im Buchhandel erhältlich oder zu bestellen beim GegenStandpunkt-Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München e-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de www.gegenstandpunkt.com

Abgeordnete praktischerweise gleich dort, wo auch die Wassernot beheimatet ist. In den „Entwicklungsländern“ ist ja der „Staat ein Hauptakteur der Wasserpolitik“, also müssen „die Regierungen Unterstützung leisten“. Doch machen sich da die Parlamentarier nichts vor. In diesen seltsamen Ländern wird „dem Wasser kaum eine politische und finanzielle Priorität eingeräumt“, es herrschen ziemlich unhaltbare Zustände: „Unzureichender Rechtsrahmen ... schlechte Bewirtschaftung ... Mangel an Transparenz ... Korruption ... Fehlen von Diskussionen über das Preisniveau“. Deshalb muss man an die Alternative denken und Recht wie Zuständigkeit, den „armen Familien ihre Grundbedürfnisse an Wasser“ bezahlbar zu machen, auf „die kommunale Ebene“ verlagern, die „für ihre Regelung und ihre Bewirtschaftung am besten geeignet ist“. Mag es in solchen Gemeinwesen auch an Ordnung in jeder Hinsicht fehlen, vor Ort sind die Bedingungen für die Wasserfinanzierung ganz brauchbar: Kaum betrachtet man nämlich die „armen Familien“ unter dem Gesichtspunkt „lokaler Bevölkerungsgruppen“, lassen sich bei denen genug „örtliche Ersparnisse“ ausfindig machen. Und die sind nicht einfach fürs Einkauf von Wasser gut, sondern gehören den „örtlichen Finanzmärkten“ anvertraut, denn auch das braucht das Wasser: Ein Nanokreditgewerbe, das Wassergeld bewirtschaftet und aus örtlichen Ersparnissen Mikrokredite macht.

Forum GegenStandpunkt auf RadioX

Jeden 1. und 3. (5.) Montag im Monat von 15 bis 16 Uhr, sowie jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9 bis 10 Uhr

FM: 91,8 Kabel: 99,85 oder im Internet als Livestream

Die Sendungen können als mp3 auf www.farberot.de heruntergeladen werden. Außerdem sind unter www.argudiss.de

Dokumentationen von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des zu diversen Themen verfügbar

Für Finanzierungsfragen weiß man in Straßburg auch, wer vor Ort die Aufsicht führen soll: „Nichtstaatliche Organisationen sollen eine Vermittlerrolle vor Ort mit den Bevölkerungsgruppen“ übernehmen und für „eine demokratische Wasserbewirtschaftung“ sorgen, „die effizient, transparent und reglementiert ist.“ Dann haben die Leute vor Ort nicht nur Wasser, sondern auch noch politisch korrektes Wasser.

Derart rationell und effektiv in Sachen Bedürfnisbefriedigung zu sein, das kriegt echt nur der globale Kapitalismus hin. Da steht auch dem Erreichen des Millenniumsziels nichts mehr im Wege, „bis 2015 den Anteil der Bevölkerung ohne dauerhaften Zugang zu Wasser zu halbieren“. ---

Die Presse hat erkannt:

Der Kapitalismus ist scheiße, aber alternativlos

„Die Krise“ – zum neuen Sprachdenkmal gewordene Bezeichnung dafür, dass diverse Profitansprüche momentan nicht aufgehen – frisst sich inzwischen ein gutes halbes Jahr durch alle Abteilungen unserer Wirtschaft. Jedem ist bekannt, dass noch eine ganze Reihe mehr oder weniger spektakulärer Einbrüche in der so genannten Realwirtschaft bevorstehen und mit noch mehr Arbeitslosen zu rechnen ist. Das abhängig beschäftigte Volk hält still – durchaus zur Verwunderung der politischen Klasse, die es verwaltet. Die weiß offenbar sehr gut, mit welchen Zumutungen sie ihre Massen momentan konfrontiert, und erlaubt sich den Spaß, über die Möglichkeit von „sozialen Unruhen“ zu räsonieren, die keiner wollen kann, das Volk, das sie allenfalls anzetteln könnte, zuallerletzt.

Die Krise „herrscht“ also auf unabsehbare Zeit und ihre Wirkungen entfalten sich in schöner Negativität in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft – ein beredtes Zeugnis dafür, dass und wie hierzulande alles davon abhängt, dass die Geldrechnungen der Finanz- und sonstigen Kapitalistenklasse aufgehen. Angesichts dessen stellen die öffentlichen Vordenker der Nation anscheinend eine gewisse Verlegenheit fest: Ihre Textbausteine von gestern, die die kapitalistische Marktwirtschaft als „effizientestes“, „innovativstes“, „produktivstes“ und überhaupt einfach bestes System lobpreisen, lassen sich nicht mehr wie gewohnt einfach ausschneiden und einfügen. Natürlich kann man auch stur bleiben: „Sie können sicher sein: Der moderne Kapitalismus ist garantiert auch in seiner größten Krise dem Sozialismus überlegen. Turmhoch.“ (Bild, 20.5.09) Dem gehobenen Journalismus ist diese Tour einfach zu durchsichtig. Klar – das Ergebnis soll schon so rauskommen, aber irgendwie doch ein wenig reflektierter, begründeter, nicht so plump apologetisch. Also führt man in einigen deutschen Schreibstuben eine herrliche Debatte auf hohem Niveau. In der geht es um nicht weniger als „die Systemfrage“, die sich jetzt angeblich allen stellt. Mit Verve tut man selbst in ‚Zeit‘ und FAZ so, als befände man sich gerade in einem Werbespot der „Gesellschafter“. Künstlich naiv, so als gäbe es keine durch staatliche Gewalt gültig gemachten Interessen, denken Mitglieder und Eliten dieser kapitalistischen Gesellschaft allen Ernstes darüber nach: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

Insbesondere legt sich der Spiegel kritisch ins Zeug. „Warum der Kapitalismus nicht aus seinen Fehlern lernen kann“ (Spiegel, 11.5.), titelt das Blatt und überrascht seine Leser zunächst einmal damit, alle möglichen Erklärungen, die seine Redakteure selbst ein ums andere Mal aufgetischt haben, in einem großen Rundumschlag zu widerlegen. Gier lässt sich demnach gar nicht von Profit trennen – nachdem man genau das in den letzten Monaten erbittert durchkonjugiert hat! Die Real- gegen die Finanzwirtschaft auszuspielen, ein Standardgedanke des bisherigen Krisenjournalismus – großer Unsinn, überall dasselbe Prinzip am Werk, das in die Krise führt! Den Grund für die Krise den Amis zuschustern, auch da war der Spiegel ganz vorne dabei – absolut ignorant gegenüber den allgemeinen Gesetzen der Marktwirtschaft! Also nicht Einzelphänomene, sondern, man denke nur, „System“, und was für eines: „Wer im Kapitalismus ein System sieht, das eine schöne Idee ist, die von Gierigen leider missbraucht wird, der ist ungefähr so weltfremd wie ein Marxist, der glaubt, Sozialismus sei eine gute Idee, die leider von Lenin, Stalin und Fidel Castro missbraucht worden sei.“ Selbst „die Kapitalisten wundern sich am lautesten über ihren Kapitalismus“, und eigentlich sei schon jetzt allen klar, dass der Versuch des Staates, die Krise zu bekämpfen, höchstens „ein Problem löse, indem er zwei neue produziere, mehr Staatsverschuldung und drohende Inflation“.

Mit einer in diesem Stil seitenlang aufgeblasenen Tirade, die völlig abgeklärt mit allem abrechnet, was man bis gestern behauptet hat und demnächst sicher auch wieder steif und fest behaupten wird, steuert der Artikel zielstrebig darauf hin, dass sich der Kapitalismus diesmal nicht in einer seiner üblichen Verwertungskrisen befindet, die dann die Restwelt auszubaden hat. Es ist viel schlimmer: „Die systemische Erkenntnis dieser Krise ist nicht, dass der Markt systemisch zu Krisen führt, das wusste man vorher; die Erkenntnis ist, dass die ideologische Hülle der Marktwirtschaft zerstört ist, wohl für immer.“ Mein Gott! Keine Ideologien mehr zur Marktwirtschaft – das ist natürlich wirklich grässlich, nicht auszudenken und schon gar nicht auszuhalten. Wie soll es da weitergehen? „Nackt steht die Marktwirtschaft da, ein kaltes Gerüst,

GegenStandpunkt und farbeROT laden ein zu Vortrag mit Diskussion

60 Jahre Grundgesetz - kein Grund zum Feiern!

Gastreferent: Prof. Dr. Albert Krölls am Mittwoch, 24.06.2009, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 (Nähe Hbf), Frankfurt

Literaturtipp:

Albert Krölls

Das Grundgesetz - ein Grund zum Feiern? Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus 224 Seiten; € 16,80; ISBN 978-3-89965-342-7 |

dem Gespött ausgeliefert.“ Schon entdeckt der Spiegel fürchterliche Tendenzen: „SAP-Gründer Hasso Plattner hat bemerkt, dass es so eine Stimmung im Land gibt, dass wir Kapitalismus eigentlich gar nicht mehr wollen, sondern was anderes, Netteres“. Bei der bisher „anachronistisch“ in der Ecke stehenden Sarah Wagenknecht ist ein Lächeln der „Genugtuung“ zu sehen angesichts der „antikapitalistischen Schlagzeilen der vergangenen Wochen“, und das Ami-Magazin „Newsweek“ behauptet „We are all socialists now“. Die Lage ist also wirklich ernst. Aber dann doch: Entwarnung!, der Artikel biegt auf die Zielgerade ein. „Ein schlüssiges Gegenkonzept zum Kapitalismus gibt es nicht“ – das sagt ausgerechnet seine Gegnerin Wagenknecht, und die muss es ja wissen. Sonst nimmt ein Spiegel-Redakteur den „Spinnern von links“ ihre Einsichten und Kritiken zwar nicht ab, aber in diesem Fall? Eine Kommunistin als Kronzeugin dafür, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gibt – bingo! Das ist es doch, wonach man in der Krise verzweifelt gesucht hat: Legitimation ohne den Umweg über eine momentan ungläubwürdige Schönfärberei! Der Kapitalismus steht mit seiner Krise vielleicht „nackt“ da, muss aber einfach sein – ohne aufwendige Begründung, ohne großartige Versprechen, ohne lateinische Adjektive. Das System ist große Scheiße, mangels Alternative aber unumgänglich und notwendig – wenn das mal nicht ein geradliniger Schluss ist und eine Werbung für den Laden, die überzeugender nicht ausfallen kann.

Literaturtipp anlässlich der „Bildungswoche“:

Die deutsche Universitätslandschaft wird derzeit gründlich umgekrempelt. Nicht, weil sich Professoren- oder Studentenschaft über Inhalt und Organisation von Forschung und Lehre beschwert hätten. Die Politik ist unzufrieden mit den Leistungen der deutschen Hochschulen und meldet fundamentalen Reformbedarf an. Unser Land braucht mehr Wissen, mehr herausragende Wissenschaftler, mehr Studenten... Warum? Sonnenklar! Nicht im Interesse und zum Wohl des gewöhnlichen Menschen, sondern um im Standort-Wettbewerb der Nationen zu bestehen, um dem nationalen Kapital wissenschaftliche und technologische Instrumente für sein Wachstum bereitzustellen. Die Politik hat beschlossen, die "Ressource Wissen" als Potenzen der (inter-)nationalen ökonomischen und politischen Machtentfaltung zu mobilisieren. Statt mehr Wissen für jedermann, mit weniger Geld mehr exklusive Kenntnisse im Dienste des nationalen Konkurrenzenerfolgs, heißt die Devise. Dementsprechend fällt die Anpassung unseres "veralteten Hochschulsystems" an die "Anforderungen der moderne Wissensgesellschaft" auch aus!

„Hochschulreform heute Das Projekt, Wissenschaft und Ausbildung als Waffe der Standortkonkurrenz zu effektivieren“ in GegenStandpunkt 4-05

V. i. S. d. P.: A. Jantz, Taunusstr. 91, Neu-Anspach Kontakt unter: webmaster@farberot.de